

FREIHEITSSTRAFE - FANGNETZ FÜR ARME

Arno Pilgram

Eine soeben abgeschlossene österreichische Studie (Hammerschick u.a. 1998) über berufliche und strafrechtliche Karrieren von Strafgefangenen bzw. -entlassenen enthüllt nicht nur deren außergewöhnliche Arbeitsmarktferne, sondern auch Ferne zu zentralen Institutionen der staatlichen Sozialverwaltung und der Sozialversicherung. Für eine moderne Arbeitsgesellschaft und einen immer noch entwickelten Wohlfahrts- und Verwaltungsstaat bietet die Untersuchungspopulation ein äußerst untypisches Bild. Der Großteil der Gefangenen (selbst jener mit österreichischer Staatsbürgerschaft, von Fremden ganz abgesehen¹) hat keinen "Lebenslauf", der sich amtlich nachvollziehen ließe - auch wenn man die umfassendsten Datenbestände der Versicherungsanstalten dazu auswertet. Die Betroffenen entziehen sich in der Mehrheit dem staatlichen "Monitoring" über ihre soziale und wirtschaftliche Existenz. Formell dokumentiert sind bei ihnen allenfalls Lücken an Beschäftigung und an Kontakten zur Arbeitsmarktverwaltung bzw. zum Sozialsystem. Es dominieren unter Gefangenen/Entlassenen also "Schattenexistenzen" mit undurchsichtigen und wohl auch prekären materiellen Reproduktionsgrundlagen in einer informellen Ökonomie, von der sich ein Durchschnittsbürger nur sehr vage Vorstellungen zu machen vermag.

Die Grundlagen der Untersuchung, welche dies in voller Deutlichkeit zutage bringt und über die hier in Stichworten berichtet werden soll, bildeten Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (neben Vollzugs- und Strafregisterdaten) über eine für alle Gefangenen in bzw. Entlassenen aus österreichischen Justizanstalten repräsentative Auswahl² von knapp 1.000 Personen, die 1994 oder 1995 in Freiheit zurückkehrten. Sie wurden über eine biografische Zeitspanne von durchschnittlich 15 Jahren beobachtet, davon 12 Jahre vor dem Antritt der Haft (die letzten 4 Jahre davon genauer), während der unterschiedlichen Haftzeiten sowie 2 bis 3 Jahre nach Haftentlassung.

In den letzten Jahren vor einer Inhaftierung vollziehen sich viele Lebensläufe jenseits der staatlichen Sozialverwaltung, dokumentieren sich als Lücken im Datenbestand der Arbeits- und Sozialämter. Eine Haftstrafe als „ultima ratio“ der sozialen Kontrolle lässt sich gegenüber in dieser Weise marginalisierten Menschen offenbar leichter rechtfertigen als gegenüber Menschen, deren Biographie sich im Rahmen sozialstaatlicher Mechanismen bewegt.

Die methodische Vorgangsweise der Untersuchung wurde bestimmt durch das zentrale Interesse der Studie und ihres Auftraggebers. Dieses richtete sich auf Beschäftigungsverläufe und deren Beeinflussung durch Haftepisoden sowie durch die Strafvollzugsreform 1993. Um dieses Interesse zu befriedigen, musste die Unzahl von Eintragungen, aus denen sich die Personendatenbestände des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zusammensetzen, zunächst reduziert werden zu Kennziffern für die Beschäftigungskarrieren und den aktuellen Arbeitsmarktstatus der Untersuchungspopulation. Im Wesentlichen wurden dafür einmal die Beobachtungszeiträume in Perioden unterteilt (in erster Linie Jahres-, fallweise aber auch Monats- oder Vierjahresperioden). Zum anderen wurden vor allem aus den Zeitanteilen a) regulärer (unselbständiger und selbständiger Sozialversicherter) Beschäftigung, b) gemeldeter Arbeitslosigkeit und c) fehlender Meldung sowohl von Beschäftigung wie von Arbeitslosigkeit (= Zeiten "Out of Labourforce", OLF) Indikatoren für den "Arbeitsmarktstatus" der untersuchten Personen(gruppen) in den Perioden und in der Periodenabfolge gebildet.

¹ Sie müssen hier ihrer Sondersituation wegen und aus datentechnischen Gründen unberücksichtigt bleiben. (Das gilt auch für alle Diagramme und Tabellen!) Selbst wenn fremde Staatsbürger eine Sozialversicherungsnummer in Österreich besitzen, wenn sie also irgendwann im Lande einer regulären Beschäftigung nachgingen, ist es methodisch schwierig, ihre Karriere mit jener von Österreichern zu vergleichen, weil es die vorhandenen SV-Daten nicht erlauben, den zeitlicher Aufenthalt ausländischer Beschäftigter im Bundesgebiet einzugrenzen. Fremde Staatsbürger miteinbezogen - sie stellen 23 Prozent der Untersuchungspopulation, in der Mehrheit überhaupt ohne Sozialversicherungseintrag -, würde sich der Eindruck amtlicher Inexistenz Gefangener/Entlassener noch verstärken.

² Zur Datenbasis vgl. Hammerschick u.a. (1998, Kap.2, insbes. die FN 6 und 7). Repräsentativität wurde angestrebt und im möglichen Ausmaß auch erreicht, indem die Entlassenenpopulationen der ausgewählten 9 Untersuchungsanstalten verschiedenen Typs so gewichtet wurden, daß sie die österreichweite Haftentlassenenpopulation möglichst getreu abbilden. Eine repräsentative Stichprobe aus allen Justizanstalten oder eine Gesamterhebung über alle Entlassenen wurde dadurch verhindert, daß im Vollzug keine EDV-gestützte Personenstatistik geführt wird.

Tabelle 1: Mittlerer Zeitanteil, den Personen vor/nach Haft im verschiedenen Arbeitsmarktstatus zubringen

	4 J. vor Haft	3 J. vor Haft	2 J. vor Haft	1 J. vor Haft	1 J. nach Haft	2 J. nach Haft	3 J. nach Haft
beschäftigt	32	30	28	22	21	22	22
arbeitslos gemeldet	12	14	15	19	26	20	17
OLF-Krankenstand	2	2	2	3	3	3	4
OLF-Pension	2	2	2	3	4	5	4
OLF-Haft	13	13	13	8	7	10	9
OLF*)-„Nullzeit“	39	38	38	45	39	39	43
% nie beschäftigt	39	40	40	48	47	56	60

*) OLF = Out of Labourforce (nicht beschäftigt, nicht arbeitslos gemeldet)

Die Bemühungen blieben in dem Sinne vergeblich, dass sich die Gefangenenkarrieren im allgemeinen als Varianten von "Beschäftigungskarrieren" hätten darstellen lassen. Vielmehr sticht hervor, dass sich in jeder Vorhaftperiode zwischen 55 und 58 Prozent der Untersuchungspopulation überwiegend (>50% der Zeit) weder in einem regulären Beschäftigungsverhältnis befanden, noch die Dienste des Arbeitsmarktservice AMS (Arbeitsvermittlung, Förderungsmaßnahmen, oder Versicherungsleistungen in Form von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe - stets um den Preis von bestimmten Auflagen geboten) in Anspruch nahmen, d.h. im so genannten "Out of Labourforce"-Status verbrachten. Höchstens ein Viertel dieser "OLF-Zeiten" war seinerseits durch Haften verursacht, minimale Prozentanteile durch Krankenstände (mit Bezügen aus der Krankenversicherung) oder Pensionsbezugszeiten. Der Großteil der OLF-Zeiten blieb hingegen im Dunkel ("Null-Zeiten" in der Diktion der Arbeitsmarktforscherkollegen). Inwieweit in diesen Zeiten Beziehung zu anderen öffentlichen oder privaten sozialen Institutionen gepflogen wurde und sich dies allenfalls in Leistungen (samt Verhaltensbedingungen und Kontrollen) niederschlug, ist nicht auf dieselben Weise zuverlässig rekonstruierbar wie die Position am Arbeitsmarkt und gegenüber den ihn flankierenden Einrichtungen. Über den Bereich der kommunalen Sozialhilfe etwa fehlen entsprechende zentrale Aufzeichnungen. Bei arbeitsfähigen Personen, welche den regelmäßigen AMS-Kontakt unterlassen, sind jedoch zumindest Dauerleistungen aus der Sozialhilfe, eine einigermaßen stabile Existenz als (unmittelbare) Sozialhilfebezieher, ebenfalls auszuschließen.

Der auf dem regulären Arbeitsmarkt auftretende Teil der Untersuchungspopulation ist der konstant kleinere, zeigt allerdings im Verlauf der Zeit innere Umschichtungen. Der Anteil der Beschäftigten wird vor Haft zunehmend geringer, jener der arbeitslos Gemeldeten größer. Im dritten Jahrviertel vor Haft waren die untersuchten Strafgefangenen/entlassenen durchschnittlich noch 37 Prozent der Zeit sozialversichert beschäftigt, im letzten Jahr vor Haft nur noch 22 Prozent (dabei nur 19 Prozent der Gefangenen mehr als die Hälfte und nur 5 Prozent mehr als 90 Prozent des Jahres). Die durchschnittliche Zeit gemeldeter Arbeitslosigkeit stieg komplementär von 7 auf 19 Prozent der jeweiligen Periode.

Man kann hierin zu aller Marginalität hinzu auch noch Anzeichen einer beruflichen Abstiegsentwicklung, einer zunehmenden Unverwertbarkeit der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt erkennen. Die "Arbeitslosenquote" (unter den überhaupt am regulären Arbeitsmarkt Auftretenden der Untersuchungsgruppe und unter Vernachlässigung der vielen dem regulären Arbeitsmarkt völlig Abgekehrten) beträgt am Beginn der Beobachtungsperiode "nur" rund 20 Prozent, im Vorhaftjahr hingegen knapp 50 Prozent, die "Erwerbsquote" (errechnet aus dem mittleren Zeitanteil beschäftigter plus im Krankenstand befindlicher Personen an

allen Strafgefangenen) demgegenüber nur noch knapp 25 Prozent. Das entspricht deutlich weniger als einem Drittel bei einer nach Alter und Geschlecht vergleichbaren Bevölkerungsgruppe.

Auch wenn dieses erste Bild große Arbeitsmarktferne und zunehmenden Misserfolg am Arbeitsmarkt vermittelt, darf man nicht übersehen, dass nicht mehr als ein Fünftel (20%) der Untersuchungspopulation während der letzten vier Jahre vor Haftantritt überhaupt nie irgendeine reguläre Beschäftigung gesucht und gefunden hat, 80 Prozent hingegen wenigstens die eine oder andere Beschäftigungsepisode zu verzeichnen haben. In jedem der vier Vorhaftjahre zumindest einmal kurzfristig beschäftigt gewesen zu sein, gelingt allerdings nur einem Drittel (33%) der Gefangenen/Haftentlassenen, überwiegend (>50% der Zeit) beschäftigt gewesen zu sein, gar nur einer Minderheit von 8 Prozent. Daraus wird man insgesamt doch wenigstens ein Bestreben um Zugang zum Arbeitsmarkt ablesen können, welches jedoch weithin und zunehmend erfolglos bleibt. Im Prinzip ist die Ausgangslage von Jüngeren und Qualifizierten zwar am Beginn der Beobachtungszeit günstiger, vor Strafe jedoch erstaunlich angeglichen, was einen Hinweis auf soziale Abstiegsprozesse darstellt. Offenbar halten primärer und sekundärer bzw. gestützter Arbeitsmarkt für die Population nicht jene Angebote bereit, die für ihre Bedürfnisse, Erwartungen und Fähigkeiten maßgeschneidert wären. Wohl wird es immer wieder auf regulären Arbeitsplätzen, mit AMS-Kontakten oder Förderungsmaßnahmen nach dem AMFG versucht, eine stabile Existenzgrundlage bildet sich daraus nicht.

„Strafvermeidende Handlungsmöglichkeiten werden bei den vom Arbeitsmarkt sowie bei den öffentlichen Sozialleistungen verwaltenden Institutionen weitgehend abgeschnittenen Personenkreisen allem Anschein nach weniger ausgeschöpft als bei anderen Gruppen“.

Charakteristisch für die Gefangenenpopulation ist also, dass sie sich für öffentliche Instanzen in der Welt der Arbeit und der sozialen Dienste eben nicht sicher verorten lässt, sondern weithin in einem unausgeleuchteten gesellschaftlichen Abseits zu existieren scheint. Ob diese eigenartige Schattenexistenz eine Armutsexistenz ist, ist im Prinzip offen. Nur wo SV-Beiträge bezahlt werden, bei regulären Beschäftigungsverhältnissen, welche die Ausnahme darstellen, zeigen die Angaben über Beitragsbemessungsgrundlagen, dass Niedrigsteinkommen deutlich überwiegen. Die wenigen dokumentierten Sozialeinkommen (Renten und Krankengelder) orientieren sich naturgemäß ebenfalls an diesen niedrigen Einkommen. Improvisationen mit instabilen und problematischen Einkommens- und Unterhaltsmixturen, materielle Armutsverhältnisse erscheinen für den Bereich der von der Sozialversicherung nicht dokumentierten Existenzen und Lebensphasen nicht weniger wahrscheinlich.

Entschiedene Strafen

Was besagen solche Befunde? Unterstreichen sie bloß den neuerdings wiederentdeckten Zusammenhang zwischen Armut und Kriminalität, passen sie in die Indizienkette - an der zur Zeit augenscheinlich geknüpft wird - für die kriminelle Bedrohlichkeit von Marginalisierten?

Man muß die Daten vor dem Hintergrund lesen, dass in Österreich gerade 4 Prozent der angezeigten Straftäter und 11 Prozent der Verurteilten eine (unbedingte oder teilunbedingte) Freiheitsstrafe erhalten. Es existiert ein ganzes Spektrum von anderen und im Regelfall praktizierten Möglichkeiten des Umgangs mit strafrechtlichen Konflikten. Zwar konnten in der vorliegenden Untersuchung keine vergleichbaren Sozialversicherungsdaten für einen Querschnitt aller Straffälligen oder Verurteilten erhoben werden, wohl aber sind die Hinweise auf eine sozial selektive Anwendung von strafrechtlichen Maßnahmen zahlreich genug. So hat erst jüngst wieder eine Untersuchung über sämtliche Varianten sozialer Intervention durch Straffälligenhilfe in Österreich über Sozialdaten von Klienten verfügt und gezeigt, dass vor allem sozial wohlintegrierte Personen den Justizinstanzen für den Außergerichtlichen Tatausgleich prädestiniert erscheinen (Pilgram 1997a, 48ff). Diese und sonstige strafvermeidende Handlungsmöglichkeiten werden bei den vom Arbeitsmarkt sowie bei den öffentlichen Sozialleistungen verwaltenden Institutionen weitgehend abgeschnittenen Personenkreisen allem Anschein nach weniger ausgeschöpft als bei anderen Gruppen. Dass bestimmte Strafgefangene im Vollzug zu finden sind, ist insofern das Ergebnis von Entscheidungen, in deren Logik die soziale Marginalität immer schon eine Rolle spielt.

Auch bei Marginalen wird zwar die (Freiheits-)Strafe heute nicht mehr und auch nicht schon wieder einfach als Strafe legitimiert, sondern insbesondere von ihrem instrumentellen Nutzen her, der im Prinzip

(soziale Randexistenzen nicht a priori ausgenommen, also universell) reintegrativ konzipiert ist, wobei auf sonstige Ressourcen der gesellschaftlichen Integration Bedacht genommen, diese nicht konterkariert werden sollen. Programmatisch manifest sind die europäischen Strafrechte der Gegenwart nicht von einer Idee der (Chancen-)Vernichtung und Beseitigung von Überflüssigen geleitet (wie dies in den USA immer stärker hervortritt: Ortner u.a. 1998), sind Aussondern und Unschädlichmachen nur im Sonderfall gebilligt, wofür Marginalität als solche nicht das eigentliche Kriterium darstellt (eher persönlich zurechenbare Defizite). Die Entscheidung für eine Freiheitsstrafe als instrumentelle Entscheidung erscheinen zu lassen und als zweckrationalen Akt der "Sozialkontrolle" zu legitimieren, gelingt jedoch bei Marginalen leichter als bei anderen Gruppen. Die Strafentscheidung fällt hier konfliktfreier, weil die Sanktion dem Anschein nach nicht kontraproduktiv in andere formelle soziale Beziehungen und Netze eingreift, weil deren Fehlen als Manko und der Vollzug als "Fangnetz" begriffen werden können. Wenn auch bei der Freiheitsstrafe derzeit kein explizites Programm zur Aussonderung oder "inneren Ausschließung" Marginaler zur Anwendung kommt, sind sie dadurch, dass man sie als solche nicht (mehr) teilhaben lässt an inklusiven Alternativen, dazu verurteilt, die Kosten der Droh- und Herrschaftsfunktionen des Gefängnisses zu tragen. Gerechtfertigt scheint dies durch Annahmen, die Freiheitsstrafe würde bei diesem Kreis die mindesten sozialen Kosten verursachen, ja möglicherweise sogar Besserungsnutzen stiften.

Tatsächlich liefert die Untersuchungspopulation Gefangener ein Bild der Bindungslosigkeit, der Ungreifbarkeit und Unverpflichtbarkeit. Dem vergleichsweise abgesicherten Betrachter ist nur schwer vorstellbar, wie entsprechende Existenzen im Rahmen sozialer Norm gemanagt werden können. Es haftet ihnen zumindest insofern der Geruch des Irregulären an, als dahinter eine inakzeptable, um Institutionen und Regeln unbekümmerte und parasitäre Armutspraxis vermutet wird - Einkommensbezug unter Umgehen von Steuer und Versicherung, unzulässiger Bezug von Sozialeinkommen, privates Schmarotzertum etc., wenn nicht gar "Gefährlichkeit", "crime as social control" (als spezifisches Mittel der Situationskontrolle durch Unterprivilegierte; Black 1984a) als "Gewohnheit" unterstellt wird. Bei den nicht am Arbeitsmarkt und im Sozialsystem verankerten und gebundenen Personen kann die Freiheitsstrafe insoweit am ehesten als vertretbar, ja als adäquat gelten. Ihnen gegenüber werden andere Stile der Reaktion nicht so leicht in Betracht gezogen, wie sie außerhalb des Strafrechts verbreiteter sind, wie sie aber selbst das Strafrecht zur Genüge kennt. Donald Black (1984b) z.B. nennt neben den "punitiven" "kompensatorische", "therapeutische", "rekonziliatorische" Reaktionen. Solchen und nur solchen nichtintegrierten Gruppen gegenüber kann eine "tatzentrierte", eine nicht um die Schadensbearbeitung, nicht um die Person oder deren Sozialbeziehungen bekümmerte Antwort relativ problemfrei gewählt, ja bevorzugt werden. Satisfaktionsfähigkeit, Lernfähigkeit, Verluste anderer infolge der Strafe brauchen gar nicht erst wirklich kalkuliert zu werden, wenn der Betroffene nicht eingebettet ist in ein Netz regulärer sozialer Arbeitsbeziehungen produktiver und konsumptiver Natur.

Anders beim sozial integrierten Straftäter: Ihm gegenüber äußert sich höhere "soziale Verantwortung" der Strafverfolgungsinstanzen (von der Polizei und Rechtsprechung bis hin zu den sozialen Einrichtungen in ihrem Umfeld), bei ihm endet sie aber auch rasch. Bewiesen wird sie durch Spielraum für Selbstregulation, durch nicht oder sparsam intervenierende Diversionsmaßnahmen, durch Bewährungsaufgaben und Strafabstandsangebote, allerlei Verhandlungen und Gegengeschäfte. Die Reaktion geht dabei nicht von Sozialintegration als notdürftigem Ergebnis von Zwangsmaßnahmen aus, sondern von erwiesener Integrationsbereitschaft, von einer sozialen Konsensbasis zwischen fehlgetretenem "Täter" und "Gesellschaft", von jemandem, der durch Kriminalität weniger gewinnt als durch Konformität etc.. Die strafrechtliche Reaktion soll in diesem Fall andere soziale Kontrollmechanismen nicht stören oder gar außer Kraft setzen, sie vielmehr unterstützen, deren Logik und Methoden übernehmen.

Die Entscheidung für eine Freiheitsstrafe als instrumentelle Entscheidung erscheinen zu lassen und als zweckrationalen Akt der "Sozialkontrolle" zu legitimieren, gelingt jedoch bei Marginalen leichter als bei anderen Gruppen. Die Strafentscheidung fällt hier konfliktfreier, weil die Sanktion dem Anschein nach nicht kontraproduktiv in andere formelle soziale Beziehungen und Netze eingreift, weil deren Fehlen als Manko und der Vollzug als "Fangnetz" begriffen werden können.

Bedingte Verbesserungen

Angesichts der skizzierten Entscheidungslogik kann unterstellt werden, dass sie selbst für soziale Randlagen verantwortlich sei, dass sie die Voraussetzungen schaffe, damit sich die zugrunde gelegten Annahmen über "Armut und Kriminalität" bewahrheiten. Welchen Stellenwert Haftepisodes tatsächlich für soziale Karrieren haben, wird jedoch selten genau beobachtet und in der Regel wird ausschließlich über hohe Wiederverurteilungsraten (oft fälschlich als "Rückfallsraten" bezeichnet) ein negativer Einfluss bestätigt gefunden. Im empirischen Desinteresse an der beruflichen und gesellschaftlichen Position Straftlassener (solche Recherchen werden im Grunde für überflüssig gehalten und unterbleiben nicht nur aus Datenmangel) äußert sich seinerseits eine unhinterfragte Identifikation von Stigmatisierten, Ausgegrenzten, in ihren Teilnahmemechanismen Beschränkten und "Kriminellen". (Die Logik der gefängniskritischen Argumentation unterscheidet sich dabei nicht grundsätzlich von jener der praktischen Theorien der Strafrechtsanwender zu "Armut und Kriminalität".)

Wenn ich hier die Situation Straftlassener am Arbeitsmarkt und gegenüber Einrichtungen seiner Verwaltung mit denselben Mitteln skizziere wie die Situation vor Haft, so jedenfalls nicht, um nun auf diese Weise den empirischen Beweis für den Zusammenhang von Armut und (Rückfalls-)Kriminalität zu liefern bzw. so missverstanden zu werden. Gezeigt werden kann und soll mit weiteren Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung einfach, welchen Stellenwert Haftepisodes in den hier als formelle Beschäftigungs- und Sozialeinkommenskarrieren konzipierten Lebensläufen von Strafgefangenen/entlassenen einnehmen, wie es nach Unterbrechungen ihrer beruflichen und sozialinstitutionellen Biografie durch Haft "weitergeht".

Dabei auch konkret zu beachten, unter welchen arbeits- und sozialrechtlichen Bedingungen die Strafe vollzogen wird, war eine Vorgabe der Studie, die sich als sinnvoll und aufschlussreich erwies. Die eine Hälfte der untersuchten Personen ist nämlich bereits in den Genuss der Strafvollzugsnovelle 1993³ gekommen, welche insbesondere die kollektivvertragliche Entlohnung und die Arbeitslosenversicherung (AIV) für Strafgefangene einführte. Durch die Rechtsreform wurde der Strafvollzug quasi als (geschlossener) Teil eines staatlich gelenkten und bewirtschafteten sekundären Arbeitsmarktes und wurden Gefangene als ein Teil der Erwerbsbevölkerung konstituiert. (Pilgram 1997b)

In Anbetracht ihrer - wie oben dargestellt - unbefriedigenden Position auf dem Arbeitsmarkt, ist die Beschäftigungsrate Gefangener im Strafvollzug bemerkenswert hoch. Obwohl es in der Haft beträchtliche Beschäftigungshindernisse gibt (z.B. durch die gerichtliche Untersuchung), sind nur 18 Prozent der Gefangenen (zumeist wegen sehr kurzer Inhaftierung) im Vollzug überhaupt nie, zwei Drittel sogar mehr als die Hälfte der Haftzeit beschäftigt. (Bei den längeren Strafen von mehr als einem halben Jahr sinkt die Rate der andauernd Unbeschäftigten auf 6 bis 9 Prozent. Der Strafvollzug kommt hier an "Vollbeschäftigungsverhältnisse" heran.) Von Bedeutung ist, dass die Beschäftigung in Haft relativ unabhängig davon ist, wie qualifiziert bzw. integriert der Gefangene vor Inhaftierung in der Arbeitsmarkt war. Dies ist zwar unter dem Gesichtspunkt des aufrechten Arbeitszwanges für Gefangene zu beurteilen. Dieser bindet aber zugleich die Anstalten (die Öffentlichkeit) in hohem Maß, Beschäftigung für Gefangene zu organisieren - konsequenter als dies inzwischen für "freie Arbeitslose" geschieht. Wie unbefriedigend Gefangenenarbeit auch sein mag, so ist sie doch seit der Vollzugsnovelle 1993 weitgehend "normal" bezahlt und sozialversichert (zu den Einschränkungen vgl. Pilgram 1997b). Somit ist es berechtigt zu formulieren, dass das Strafvollzugssystem "kompensatorisch" wirkt, indem es - von Ausnahmen wie etwa Ausländern und Frauen abgesehen - einem Personenkreis gute "Beschäftigungschancen" offeriert, der am "freien Arbeitsmarkt" schon lange keine mehr vorgefunden hat.

(Tabelle 2)

In Anbetracht ihrer unbefriedigenden Position auf dem Arbeitsmarkt, ist die Beschäftigungsrate Gefangener im Strafvollzug bemerkenswert hoch. Obwohl es in der Haft beträchtliche Beschäftigungshindernisse gibt (z.B. durch die gerichtliche Untersuchung), sind nur 18 Prozent der Gefangenen (zumeist wegen sehr kurzer Inhaftierung) im Vollzug überhaupt nie, zwei Drittel sogar mehr als die Hälfte der Haftzeit beschäftigt.

³ Auch wenn eine Haft - wie sich an den aggregierten Daten abzeichnen scheint - keinen unmittelbaren beruflichen Einschnitt bewirkt (s.o.), gibt es doch Gruppen, deren Laufbahn dadurch merklich tangiert wird. Es sind dies insbesondere Frauen und ausländische Staatsbürger, welche massiv an Beschäftigungschancen verlieren. Daneben gibt es Gruppen, die sich hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktposition schneller als andere bzw. anders als andere überhaupt von der Hafterfahrung „erholen“ können. Dazu zählen Jüngere, Österreicher und beruflich Qualifizierte.

Tabelle 2: Beschäftigung in Haft

Anteil der Beschäftigungszeit an Haftzeit	gesamt	im Jahr vor Haft			Strafdauer		
		nie	bis 5%	>50%	bis 6 M.	6 M. – 1 J.	1 ^ J.
nie beschäftigt	18	19	17	16	30	5	8
bis 50 % beschäftigt	15	16	14	16	15	22	10
>50 % beschäftigt	67	65	69	69	55	74	82
Summe %	100	100	100	100	100	100	100

Ein vom Beschäftigungsvolumen abgeleiteter, greifbarer Effekt der Vollzugsnovelle ist ein stark angewachsener Anteil Haftentlassener mit Anwartschaft auf - wenn auch sehr geringes - Arbeitslosengeld (AIG) zum Zeitpunkt der Rückkehr in die Freiheit. Am deutlichsten steigt die soziale Sicherheit durch die AIV nach der Vollzugsnovelle bei den Gefangenen mit langen Strafen. Sie stehen - nach der Vollzugsnovelle entlassen - anspruchsrrechtlich so gut bzw. zum Teil sogar besser da als bisher Nicht-Vorbestrafte oder vor Haft relativ gut Beschäftigte, sofern diese nur kurze Strafen zu verbüßen hatten. Weniger positiv hat sich die durch die Reform erreichte Lohnerhöhung als solche ausgewirkt. Sie ging einher mit einer Erweiterung der materiellen Dispositionsmöglichkeiten von Gefangenen und diese ging über den Anstieg der Einkommen hinaus. Gefangene konsumieren heute in Haft mehr und zwar mehr als sie nach Abzug des Haftkostenbeitrags zusätzlich verdienen und zurücklegen. Ihr rechtlicher Spielraum läßt sie inzwischen während des Freiheitsentzugs mehr an "Eigenmitteln" (etwa Mitteln ihrer Angehörigen) verzehren, statt umgekehrt zur finanziellen Entlastung zu dienen. Insofern sind Gefangene unintendiert durchaus typisch in die Konsumwelt einbezogen.

Fortlaufendes Leben

Wie weit wird dies über den Vollzug hinaus relevant? Im ersten Jahr nach Haftentlassung treten bemerkenswerterweise so viele Personen aus der Untersuchungspopulation auf dem Arbeitsmarkt auf (stehen diesem formell zur Verfügung) wie nie sonst in der Beobachtungszeit und ist der Anteil der Personen im OLF-Status so niedrig wie nie zuvor oder danach. Die Haft hat zwar keinen positiven "Effekt" auf die Chancen regulärer Beschäftigung. Die Haftentlassenen (zur hier aus Platzgründen unmöglichen, aber notwendigen Differenzierung innerhalb der Haftentlassenen vgl. Hammerschick u.a. 1998, Kap. 2 und 4. Siehe auch FN 14) stehen in puncto sozialversicherte Beschäftigung im Jahr 1 nach Haft auf exakt demselben Außenseiterplatz, den sie vor Haft auf dem Arbeitsmarkt eingenommen haben. Was sich hingegen gegenüber dem letzten Vorhaftjahr deutlich verändert, ist die Bereitwilligkeit (vielleicht auch die Not und mittlerweile auch die Zweckmäßigkeit), das AMS (oder von diesem beauftragte Institutionen der Haftentlassenenhilfe) zu kontaktieren, materielle Leistungen der AIV anzunehmen und die Beratungs/Vermittlungs-Auflagen dafür zu erfüllen. Immerhin zwei Drittel (67 Prozent) der Haftentlassenen suchen in dieser Zeit wenigstens einmal das AMS auf und diese Personen bleiben durchschnittlich länger als in den Vorhaftzeiten arbeitslos gemeldet. (Vgl. Tabelle 1)

Wenn man die beiden Entlassungsjahrgänge (vor und nach voller Reformwirksamkeit) vergleicht, zeigt sich, dass dieses Muster allerdings nicht erst im Gefolge der AIV-Reform und verbesserter Leistungsansprüche von Straftentlassenen auftritt. Auch ohne Anspruch auf AIG oder auch Notstandshilfe suchten Entlassene im ersten Jahr nach Haft häufiger denn je den AMS-Kontakt, möglicherweise als Voraussetzung für allfällige Sozialhilfeleistungen. Verändert hat sich jedoch die Position Entlassener insofern, als nun in vielen Fällen aus bisher Sozialhilfeabhängigen Berechtigten auf Leistungen aus der der AIV und

hierbei aus Notstandshilfebeziehern materiell und rechtlich besser gestellte Bezieher von AIG wurden. Die Zahl der völlig Unversicherten reduzierte sich bei den nach Reformwirksamkeit Entlassenen von 44 auf 25 Prozent und die der Notstandshilfebezieher von 31 auf 21 Prozent, während die auf AIG Anspruchsberechtigten von 25 auf 54 Prozent und die tatsächlichen Konsumenten von AIG immerhin von 18 auf 40 Prozent anstiegen. Besonders signifikant die Entwicklung bei den lange Bestraften (Entlassung nach mehr als einem Jahr Haft): Hier geht die Zahl der gänzlich sozialhilfeabhängigen Personen um fast vier Fünftel (von 48 auf 10 Prozent) zurück, wohingegen nunmehr 68 Prozent statt bisher 13 Prozent AIG-Bezieher sind (gegenüber 6 statt 31 Prozent bloßer Notstandshilfebezieher vor Reform).

Tabelle 3: Anwartschaft auf und Bezug von Arbeitslosengeld bei Haftentlassung*, nach Haftdauer

	vor Reform Entlassene	nach Reform Entlassene	Entlassene nach bis zu 6 M. Haft		Entlassene nach >6 M. bis 1 J. Haft		Entlassene nach 1 J. Haft	
%-Anteil	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995
kein Anspruch	75	46	71	62	77	57	79	16
davon:								
kein Bezug**	44	25	40	27	46	42	48	10
Bezug (Notstandshilfe)**	31	21	31	35	31	15	31	6
Anspruch	25	54	29	38	23	43	21	84
davon:								
kein Bezug**	7	14	10	13	6	13	3	16
Bezug**	18	40	19	25	17	30	18	68

* Anwartschaft 8 Tage nach Haftentlassung ** im Verlauf des ersten Jahres nach Haft zumindest zeitweilig

Das neue Verhältnis zum regulären Arbeitsmarkt und seinen Institutionen hinterläßt in der Regel allerdings keine bleibenden positiven Spuren. Im zweiten und dritten Nachhaftjahr zeigt sich nicht nur das gewohnte Bild der Arbeitsmarktferne, es wird sogar noch drastischer. Ein noch größerer Anteil (wie vor der Haft) von Personen aus der Untersuchungspopulation erhält ganzjährig nie eine reguläre Beschäftigung. (Keinen einzigen Tag einer versicherten Beschäftigung gehen im ersten Jahr nach Haft 47, im zweiten 56 und im dritten 60 Prozent der untersuchten Personen.) Das in Summe stagnierende Beschäftigungsvolumen der Haftentlassenen konzentriert sich zunehmend auf eine sehr kleine Gruppe, die mit konstanter Arbeit noch einmal den sozialen Anschluss an die Erwerbsgesellschaft wiederfindet. Es läßt sich eine Polarisierung beobachten, weitere Marginalisierung einerseits und Anzeichen sozialer Konsolidierung andererseits. Diese setzt eher günstige Umstände (junges Alter, Berufsqualifikation etc.) voraus. Als berufsbiografische Zäsur wird die Haft somit allenfalls bei einem Teil der Entlassenen und das erst im zweiten und dritten Nachhaftjahr erkennbar, während das erste noch durch gewisse "Arbeitsmarkthoffnungen" der Entlassenen und durch im Prinzip befristete Leistungen des AMS an sie gekennzeichnet ist.³

Haftepisoden stehen aber nicht an markanten Wenden in "grauen", Armuts- oder Abstiegskarrieren - weder in die eine noch in die andere Richtung -, sie verändern wenig und das bei wenigen und zumeist nur vorübergehend. Das dokumentierte Verhalten der untersuchten Straftentlassenen am Arbeitsmarkt und gegenüber dem AMS wurde auch durch die Vollzugsreform 1993 nicht wesentlich berührt, ebenso wenig wie diese die Bedingungen am Arbeitsmarkt zu beeinflussen vermochte. Verändert wurden - nach den erfassten Kriterien der Arbeitsmarktintegration instrumentell wirkungslos - die sozialen Rechte der Untersuchungspopulation. Innerhalb der Strafe und Diskriminierung wurde "entdiskriminiert", ja wurden benachteiligte Arbeitsmarktlagen sogar ansatzweise "kompensiert". Der Hebel ist dabei in einer Weise angesetzt, die Kraft und Ressourcen eher vernichtet als potenziert. Sozialpolitik für Arbeitslose über den Strafvollzug zu finanzieren ist denkbar teuer, in anderer Form aber anscheinend bereits schwerer zu haben.

Tabelle 4: Beschäftigungsmerkmale im 1. Jahr nach Haft und Wiederverurteilungen, nach Entlassungsjahrgang

1994 Entlassene				
Wiederverurteilung nach Entlassung	überwiegende Arbeitsmarktposition nach Haft			
	beschäft.	AL-Meld.	OLF	keiner
nein	64	48	45	39
ja, ohne Freiheitsstr.	18	18	16	34
ja, zu Freiheitsstr.	18	34	40	27
Summe %	100	100	100	100

1995 Entlassene				
Wiederverurteilung nach Entlassung	überwiegende Arbeitsmarktposition nach Haft			
	beschäft.	AL-Meld.	OLF	keiner
nein	61	62	29	29
ja, ohne Freiheitsstr.	20	19	22	21
ja, zu Freiheitsstr.	18	19	50	50
Summe %	100	100	100	100

„Sozialpolitik für Arbeitslose über den Strafvollzug zu finanzieren ist undenkbar teuer, in anderer Form aber anscheinend bereits schwerer zu haben.“

Verschärfte Unterschiede

Dies wäre an sich der Punkt, um die kursorische Darstellung einer Studie abzuschließen, in welcher die „Rückfallsfrage“ nachrangig war. Nichts über die Wiederverurteilungsraten zu sagen, könnte jedoch den Vorwurf eintragen, ein kriminalpolitisch relevantes Ergebnis vorzuenthalten. Tatsächlich erweist sich die Korrelation zwischen „Arbeitsmarktstatus“ (im weiteren Sinn wohl auch von „Armut“) und Wiederverurteilung enger als zwischen dieser und jedem anderen erfassten Personenmerkmal (inklusive Geschlecht, Alter, Berufsqualifikation, Strafdauer etc., mit Ausnahme der Variable „Vorstrafen“), aber bei weitem nicht als ideal. 63 von 100 im ersten Nachhaftjahr überwiegend (>50 Prozent der Zeit) regulär Beschäftigten, aber nur 39 von 100 überwiegend Arbeitsmarktfernen (im OLF-Status) gelingt es, in der Beobachtungszeit von zwei Jahren ohne Wiederverurteilung zu bleiben. Bei der ersten Gruppe enden knapp die Hälfte der Wiederverurteilten neuerlich im Gefängnis, bei der zweiten 70 Prozent.

Vor und nach Strafvollzugsnovelle 1993 Entlassene unterscheiden sich insgesamt nicht signifikant in Bezug auf die Häufigkeit von Wiederverurteilungen, der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktstatus und Wiederbestrafung scheint jedoch noch enger geworden zu sein. Vor Reform und Besserstellung der arbeitslosen Entlassenen glichen die Wiederverurteilungsraten überwiegend arbeitslos Gemeldeter den hohen Raten überwiegend im OLF-Status Befindlicher, nach der Reform zeigten die Wiederverurteilungsraten gemeldet Arbeitsloser mehr Ähnlichkeit mit den niedrigeren Raten vorwiegend Beschäftigter. Vor Reform wurde etwa die Hälfte der nach Entlassung nicht entweder überwiegend Beschäftigten oder arbeitslos Gemeldeten binnen Zweijahresfrist wiederverurteilt, nach der Reform waren es fast drei Viertel.

Tabelle 5: Wiederverurteilungen nach überwiegendem Arbeitsmarktstatus im 1. Jahr nach Haft (alle Entlassenen)

	beschäftigt	arbeitslos gemeldet	OLF	kein Status vorhersch.
nein	63	54	39	35
ja, ohne Freiheitsstr.	19	18	18	29
ja, zu Freiheitsstr.	18	29	43	36

Das Risiko wiederverurteilt und eingesperrt zu werden scheint für jene geringer zu werden, denen es zumindest leidlich gelingt, eine reguläre Position am Arbeitsmarkt und gegenüber AMS-Institutionen zu finden und aus der Vollzugsreform einen Nutzen zu realisieren, für alle anderen scheint das Risiko zu steigen. Die Grenzen werden tendenziell schärfer gezogen, Armut bzw. Marginalität zu einem noch relevanteren Kriterium für die Kriminalisierung, als sie es ohnedies bereits sind. Vielleicht hat sogar die wohlmeinende Reform selbst dazu beigetragen, die Geduld im Umgang zwischen jenen, die von der Reform ausgelassen wurden oder ihre Chancen ausgelassen haben, und ihrer sozialen Umgebung - namentlich den Instanzen der Kriminalitätskontrolle - weiter zu erschöpfen.

Dr. Arno Pilgram ist Mitarbeiter am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien und Mitherausgeber der Zeitschrift Neue Kriminalpolitik.

¹ Sie müssen hier ihrer Sondersituation wegen und aus datentechnischen Gründen unberücksichtigt bleiben. (Das gilt auch für alle Diagramme und Tabellen!) Selbst wenn fremde Staatsbürger eine Sozialversicherungsnummer in Österreich besitzen, wenn sie also irgendwann im Lande einer regulären Beschäftigung nachgingen, ist es methodisch schwierig, ihre Karriere mit jener von Österreichern zu vergleichen, weil es die vorhandenen SV-Daten nicht erlauben, den zeitlicher Aufenthalt ausländischer Beschäftigter im Bundesgebiet einzugrenzen. Fremde Staatsbürger miteinbezogen - sie stellen 23 Prozent der Untersuchungspopulation, in der Mehrheit überhaupt ohne Sozialversicherungseintrag -, würde sich der Eindruck amtlicher Inexistenz Gefangener/Entlassener noch verstärken.

² Zur Datenbasis vgl. Hammerschick u.a. (1998, Kap.2, insbes. die FN 6 und 7). Repräsentativität wurde angestrebt und im möglichen Ausmaß auch erreicht, indem die Entlassenenpopulationen der ausgewählten 9 Untersuchungsanstalten verschiedenen Typs so gewichtet wurden, dass sie die österreichweite Haftentlassenenpopulation möglichst getreu abbilden. Eine repräsentative Stichprobe aus allen Justizanstalten oder eine Gesamterhebung über alle Entlassenen wurde dadurch verhindert, dass im Vollzug keine EDV-gestützte Personenstatistik geführt wird.

³ Auch wenn eine Haft – wie sich an den aggregierten Daten abzeichnen scheint – keinen unmittelbaren beruflichen Einschnitt bewirkt (s.o.), gibt es doch Gruppen, deren Laufbahn dadurch merklich tangiert wird. Es sind dies insbesondere Frauen und ausländische Staatsbürger, welche massiv an Beschäftigungschancen verlieren. Daneben gibt es Gruppen, die sich hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktposition schneller als andere bzw. anders als andere überhaupt von der Hafterfahrung „erholen“ können. Dazu zählen Jüngere, Österreicher und beruflich Qualifizierte.

Literatur:

- Black Donald (1984a), Social Control as Dependent Variable. in: ders. (Ed.), Towards a General Theory of Social Control. Vol. 1. Orlando/London, 1-36
- Black Donald (1984b), Crime as Social Control. in: ders. (Ed.), Towards a General Theory of Social Control. Vol. 2. Orlando/London, 1-27
- Hammerschick Walter u.a. (1998), Berufliche und kriminelle Karrieren. Die Rolle von Strafvollzug und AMS bei der Rehabilitation von Strafgefangenen. Wien (Forschungsbericht des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie)
- Ortner Helmut / Pilgram Arno / Steinert Heinz (Hrsg.)(1998), New Yorker "Zero-Tolerance"-Politik (Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1998). Baden-Baden
- Pilgram Arno (1997a), Straffälligenhilfe in Österreich. Maße, Muster, Folgerungen. SUB (Sozialarbeit und Bewährungshilfe), 19, (Heft 2-3), 36-54
- Pilgram Arno (1997b), Voraussetzungen, Perception und Folgen der österreichischen Vollzugsnovelle 1993. in: Hammerschick Walter / Pilgram Arno (Hrsg.), Arbeitsmarkt, Strafvollzug und Gefangenenarbeit (Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1997). Baden-Baden, 49-68